

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bezugspreis: Durch unsere Seiten
frei ins Haus monatlich 8.50 Mark;
bei der Geschäftsstelle abgeholt oder
nach 8.50 Mark; bei der Post ab-
holbar ebenfalls 10.— Mark;
monatlich 6.— Mark. Gefahrlos
postfähig.

Gespräch-Anschlag Nr. 53.

Telegogramme: Tageblatt Auerzgebirge.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt Aue. / postisch-Kontor: Amt Leipzig Nr. 1998.

Nr. 237

Montag, den 10. Oktober 1921

16. Jahrgang

Das Wichtigste vom Tage.

Reichskanzler Dr. Wirth hat seinen Urlaub abgebrochen und fuhr Sonntag abend nach Berlin zurück.

Der Arzt und Volkswirt G. G. Schiele aus Naumburg a. S., einer der acht Kapp-Putschführer, gegen die vom Reichsamt wegen Hochverrates erneut Haftbefehl erlassen worden ist, wurde gestern nachmittag in München festgenommen.

Nach Untersuchung der verschiedenen Möglichkeiten, eine Regierung auf parlamentarischer Grundlage zu bringen, hat der König von Schweden Branting ersucht, das Kabinett zu bilden. Branting hat den Auftrag angenommen.

Amtliche türkische Kreise bestätigen, daß von Friedensunterhandlungen nicht die Rede sein könne, bevor die vollständige Rücknung Kleinasiens und Thrakiens durch die Griechen erfolgt sei.

Der gegenseitige Ruin.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Es ist tröstlich, zu beobachten, daß der zwangsläufige Gang der Realitäten ein sicherer und zuverlässiger Faktor in der Entwicklung der Dinge ist, als die Unvernunft der Menschen. Jahrhundert ist es in England vor dem Kriege geradezu als ein Evangelium, daß jeder Engländer durch Deutschlands Niedergang um so reicher werden würde, und bei der Begründung der englischen Kriegserklärung sprach Sir Grey das Wort, daß England, wenn es neutral bleibe, nicht weniger zu leiden haben werde, als wenn es am Krieg teilnehme. Seitdem sind vier Jahre des furchterfüllenden Krieges und drei Jahre eines kaum weniger furchterfüllenden Friedens dahingegangen. Die gesamte Welt aber steht heute vor dem wirtschaftlichen Ruin, die Siegerstaaten nicht minder als die Besiegten. Niemals in der Weltgeschichte ist eine falschere Rechnung aufgemacht worden als jene englische, niemals hat sich deutlicher erwiesen, wie oberflächlich und leichtfertig, ja man möchte fast sagen, wie ahnungslos die Zusammenhänge der gesamten Weltwirtschaft in die politische Rechnung eingesetzt wurden. Mit Ausnahme von Frankreich, in dem sich aber auch schon langsam die Einsicht durchzuringen beginnt, hat sich seitdem in der ganzen Welt die Erkenntnis durchgesetzt, daß nicht nur der Krieg ein unrentables Geschäft war, sondern daß auch der Friede, wie er von den Machthabern festgesetzt ist, es nicht minder ist. Nun in England ist diese Einsicht nach großer Allgemeingut geworden: Jeder englische Minister bestätigt dies in einer neuen Rede, jede englische Zeitung kündigt es in ihren Leitartikeln. In Belgien und in den Vereinigten Staaten ist diese Wiederherstellung der Vernunft nicht minder zu beobachten. Und so erbt von Tag zu Tag lauter aus allen Ländern der Welt der Ruf nach einer wirtschaftlichen Weltverständigung.

Wenn man nach den Gründen dieser endlich erwachten Erkenntnis sucht, so sieht man allenthalben auf dasselbe Problem, nämlich auf das der Arbeitslosigkeit. Die Ursachen dafür sind überall dieselben: Deutschland, das bisher kaufstarkste Land, ist durch den Friedensvertrag von Versailles zur Zahlung einer unerschwinglichen Kriegsschädigung verurteilt. Da es keinen Goldvorrat mehr besitzt, ist es gezwungen, ausländische Zahlungsmittel aufzukaufen, deren Kurs dadurch nach dem Gesetz von Angebot und Nachfrage immer höher getrieben wird, umgekehrt sinkt dementsprechend der deutsche Markkurs. Die eine Folge davon ist, daß die valutafrischen Länder nicht mehr in der Lage sind, von den valutastarken zu kaufen. Dadurch entsteht eine Verstopfung jener Märkte, die Ware bleibt liegen und es entstehen infolgedessen Produktionshemmungen, die in der Form von Arbeitslosigkeit in Erscheinung treten. Zu dieser Verstopfung der Märkte durch eigene Ware tritt nun noch eine Überschwemmung mit deutscher Ware hinzu, die ausländische Märkte, vornehmlich Amerika, gleichen so jenem König Midas, der im Gold fast erstickte und dabei verhungerte. Es liegt auf der Hand, daß infolge dieser Doppelercheinung die Arbeitslosigkeit einen immer gewaltigeren Umfang annimmt. Sie ist dann auch nachgerade zu einem Weltproblem geworden, das sich auch in den neutralen Ländern in seiner ganzen Härte

durchsetzt. In Schweden z. B. sind 28 Prozent aller Arbeiter arbeitslos, die Lebenshaltung ist selbst unter Umrechnung der Valuta dreimal bis viermal so teuer wie in Deutschland, die Zahl der Konkurse hat sich gegen 1919 fast verzehnfacht, und wenn man nach den Grünen fragt, so wird auch hier auf die deutsche Schleuderkonkurrenz hingewiesen, die die eigene Produktion weit unterbietet. Es gehört zu der zwar logischen, aber volkswirtschaftlich hochinteressanten Ercheinung, daß Produktionsrückgang und Arbeitslosigkeit in den valutastarken Ländern viel heftiger in Erscheinung treten als in den valutawachen. Der Zwang zur Zahlung in ausländischer Währung hat die Zahlungsfähigkeit des Schuldners vermindert, aber seine industrielle Leistungsfähigkeit zum Schaden der Gläubigerstaaten erhöht. So ruiniert man sich gegenseitig, seitdem man den Versuch gemacht hat, Deutschland, diesen großen Teilhaber an der Weltwirtschaft, zu erdrosseln.

Die Weltgefahr der Arbeitslosigkeit zwingt alle Staaten, nach Abhilfe zu suchen und gegen sie und ihre Trabanten, Hungrer, Volkswismus, Staatsbankrott, Schutzmaßregeln zu ergreifen. Aus dieser Besorgnis heraus berät in London Lloyd George, in Washington Harding mit den Arbeitervögern. Wenn jetzt Amerika geneigt scheint, seinen Schuldner, England und Frankreich, Zahlungserleichterungen zu gewähren, so ist auch das nur ein Ausfluss der allgemeinen Erkenntnis, daß es so nicht weitergehen kann, aber nur ein ungenügendes Abhilfemittel solange die Bevölkerung nicht soviel geht, die Schulden ganz zu streichen, um jene beiden Staaten dadurch instand zu setzen, auch von der deutschen Reparationen erhebliche Abschüsse zu machen. Eine wirkliche Besserung der Verhältnisse ist aber nur durch internationale Regelung der Valutafrage möglich, wenn nicht das ganze deutsche Zahlungssystem, und damit das System überhaupt, zusammenbrechen soll. Und da der Kernpunkt des Problems weniger in der Höhe der ausländischen Valuta als in dem Zustand der Valuta Mitteleuropas, insbesondere der deutschen Mark, zu suchen ist, so wird der Hebel hier, nämlich in einer anderen Lösung der Kriegsschädigungfrage, anzusehen sein, indem anstelle der heutigen Raubpolitik der Entente eine Politik der vernünftigen wirtschaftlichen Geschäftspunkte tritt. Sonst gerät die Technik der kapitalistischen Wirtschaft völlig aus den Fugen. Der gähnende Abgrund der Arbeitslosigkeit kann nur dann überbrückt die Anarchie auf dem internationalen Geldmarkt nur dann besiegt, die drohende Verarmung der Welt nur dann verhindert werden, wenn die Ententestaaten endlich vor den wirtschaftlichen Tatsachen und Notwendigkeiten kapitulieren und mit Hilfe eines internationalen Ausgleichs, zuerst einer Stabilisierung der Valuta, die wirtschaftliche Götterdämmerung aufzuhalten.

Phantasien über Oberschlesien.

Nr. Die Gerüchte in Genf sind weiterhin am Werke. Aus allen Plänen und Lösungsvorschlägen, die in Genf kolportiert werden, wird aber am nachdrücklichsten ein Vorschlag verfochten, der sich als reformierte Storckalnje bezeichnet und über den ein polnisches Blatt Mitteilungen macht, die aus polnischer Quelle stammen und so bestimmte Details enthalten, daß man sich einen Augenblick mit ihnen beschäftigen muß. Nach diesem Plan soll nicht nur Fleisch und Rhynek, sondern auch Stationery, Beulen, Königsblute und Tarnowitz ganz abgetreten werden, außerdem Lublinitz bis zur Hälte und Teile von Hindenburg und Gleyitz. Interessant aber sind die Bedingungen, unter denen diese Abtretung an Polen vor sich gehen soll. Diese Gebiete sollen nämlich mit dem Teschen-Bielitzer Gebiet zu einer Art wirtschaftlichem Freistaat zusammengekoppelt werden, der unter interallierter Kontrolle stehen soll. Die deutschen Eisenbahnen sollen weiterhin verkehren, d. h. Deutschland soll Personal und Wagen stellen, auch soll die deutsche Währung in den abgetretenen Gebieten erhalten bleiben. Das wären also Bugekündnisse, die Deutschland zu machen hätte, und diese Bugekündnisse sollen dadurch erfaßt werden, daß die abgetretenen Oberschlesiener von der polnischen Militärpflicht befreit bleiben, und daß das deutsche Eigentum in diesen Gebieten nicht liquidiert wird. Dieser schlaue Plan ist zu schlau, als daß er wahr sein könnte. Es würde ein staatsrechtliches Gebilde entstehen, das wir ein zweites Mal auf dieser Erde noch nicht erlebt haben: ein Freistaat, der kein Freistaat ist. polnisches Land, das kein polnisches Land ist, und ein Gebiet mit deutschen Souveränitätsrechten, aber ein Gebiet in dem die Deutschen nichts zu sagen haben. Derartige Konstruktionen mag man gefällig auf dem Monde versuchen, aber man soll Oberschlesien freundlich damit verschonen. Wenn der Volksbundsrat sich von der Unstabilität Oberschlesiens überzeugt hat, und davon muß

er sich überzeugt haben, wenn er die Verhältnisse nur einigermaßen studiert hat, so muß er die Konsequenzen dieser Erkenntnis ziehen und Oberschlesien unteile! lassen. Das Gebiet teilen und wiederum Maßregeln vorschlagen, die die dann eintretende Katastrophe verhindern sollen, so etwas gibt es nicht. Einweilen wollen wir getrost auch dieses Gericht, trotz der sehr bestimmt klingenden Angaben, zu den übrigen legen, denn es hieße den Volksbundsrat und das Verantwortungsgefühl seiner Mitglieder beleidigen, wenn man sich noch länger mit diesem Plan ernsthaft beschäftigen wollte, der schon aus dem Grunde völlig undisutabel ist, weil er gegen die klaren Bestimmungen des Friedensvertrages verstößt und eine ausdrückliche Bestimmung der deutschen Regierung, die niemals gegeben werden kann, notwendig macht.

Die Rechtsgefahr in Österreich.

Es scheint tatsächlich, als ob das ungünstige Österreich nun auch noch der Schauplatz eines Rechtsstreits werden sollte. In Tirol hat sich eine Bewegung gebildet, die unter dem Schlagwort: Los von Wien! Selbständigkeitstreben verfolgt. Diese gehen zum Teil in der Richtung auf einen selbständigen Anschluß an Deutschland oder Bayern. Es ist selbstverständlich, daß Deutschland sich nicht mit diesen Bestrebungen irgendwie identifizieren darf, zumal sie zum guten Teil von kapitalistischen Flüchtlingen, wie dem Major Pabst, geleitet werden. Die tiefere Schuld für die ganze verzweifelte Stimmung, in der allein ja solche Bestrebungen eine Gefahr werden, trägt die Entente. Sie hat das arme Österreich verklammert und das natürliche Vereinigungsbestreben mit Deutschland unter ein striktes Verbot gestellt. Weder die finanzielle noch die Ernährungslage des Landes vermag die Entente zu rütteln. Dah in einer solchen Atmosphäre allerletzt Abenteurer letztes Spiel haben, ist nur allzu verständlich. Trotzdem leistet man der Tiroler Bevölkerung den besten Dienst, wenn man sie erfüllt, sich von falschen politischen Propheten fernzuhalten und bei Deutsches Österreich zu bleiben. Der Zeitpunkt, an dem das ganze Österreich zum deutschen Mutterlande steht, kann nicht mehr fern sein. Der Entente-Wahnsinn geht überall an sich selber zugrunde.

Die Burgenland-Konferenz.

Österreich hat nun mehr den Gedanken der von der Wiener Konferenz vorgeschlagenen Burgenlandkonferenz ausgestellt und sich bereit erklärt, der Einladung folge zu lassen. Der Bundeskanzler Scheber wird persönlich sein Land vertreten, und man darf nur von Herzen hoffen, daß in Benedig oder wo sonst die Konferenz tagt, ein Einvernehmen erzielt wird, das Österreichs gutes Recht wahrt.

Kleine-politische Meldungen.

Neue Erpressungen an Stelle der militärischen Sanktionen. Der vom Intendanten nach Wissenden entlassene Sonderberichterstatter will wissen, die militärischen Sanktionen würden tatsächlich aufgehoben werden, sobald Deutschland die in der Note des Generals Müller gestellten Forderungen erfüllt hat. Es sei wahrscheinlich, daß Frankreich in der nächsten Sitzung des Obersten Rates, der noch im Oktober zusammentreten werde, um die Enthüllung über Oberschlesien zu füllen, gewisse Forderungen formulieren und den Alliierten einen Vorschlag unterbreiten werde.

Beratung in den Reichsnährungsamt. Der bekannte frühere Abgeordnete der Nationalversammlung Schneider-Sachsen ist in den Reichsnährungsamt berufen worden. Dr. Schneider in der Nationalversammlung als Mitglied der demokratischen Fraktion für die Interessen der Angestellten stets warm angesehen hat, werden diese in ihm auch im Reichsnährungsamt eine erwünschte Stütze finden.

Die Generalversammlung des Bundes deutscher Frauenvereine in Köln beschäftigte sich mit der Umgestaltung des Familiengerichts. Die von ihr gefaßte Entschließung über die elterliche Gewalt der Mutter und die Verbesserung der Erziehung bewegt sich auf praktisch möglichem Boden und dürfte Widerspruch nicht finden.

Austritt Italiens aus der Entente? Die dem früheren italienischen Außenminister Ratti nahestehenden Blätter verlangen den Austritt Italiens aus der Entente. Die starke antifranzösische Stimmung in Italien, die hier erneut Durchbruch kommt, ist darauf zurückzuführen, daß es sich bei all wichtigen Entscheidungen von Frankreich in die Tiefe gedrückt fühlt.

Trotz Lage in der irischen Frage. Die fröndliche Abordnung, die entgegen dem alten Brauch die Gastfreundschaft der englischen Regierung für die Dauer ihres Aufenthalts in London abgelehnt hat, will von ihren Forderungen nichts abschaffen. Wie ernst die Lage ist, ergibt sich daraus, daß Lloyd George die Nachricht verbreiten läßt, daß er wegen der irischen Frage vorzeitig die Washingtoner Konferenz verhindern müßte.

Wilson bringt nicht mehr durch. Wilson wurde am Montag in einer Versammlung verhindert, als er zum Vorort der deutschen Waren aufgerufen wurde. Wenn gleich dieses Umstehen

in die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten erfreulich ist, so kann er praktische Wirkung erst ausüben, wenn dort die Erkenntnis Platz findet, daß die wirtschaftliche Gewundung der Welt davon abhängt, daß die deutschen Lebensmöglichkeiten nicht unterbunden werden.

Die Entschuldungen in Amerika. Der Sekretär des amerikanischen Schatzamtes Mellon verlangte, daß die Entschuldungen von fast zehn Milliarden Dollar in Schuldverschreibungen oder Papieren beglichen werden können. Dass er ausdrücklich ablehnte, für die alliierten Schulden deutsche oder österreichische Schuldverschreibungen in Zahlung zu nehmen, ist begrifflich, denn das hätte bedeutet, daß Amerika anstelle mehr oder minder zahlungsfähiger Schulden zahlungsunfähige erhalten hätte.

Zweiter Sachsischer Handwerkertag.

Tausende von sächsischen Handwerkern aller Branchen waren, dem Rufe des Landesausschusses des sächsischen Handwerks folgend, nach Dresden geeilt, um am 2. Sächsischen Handwerkertage teilzunehmen und einmütig den festen Willen zu bekunden, an dem Wiederaufbau des Vaterlandes unter Einsetzung der ganzen Kraft mitzuarbeiten. Gleichzeitig war der Sächsische Handwerkertag gedacht als eine imposante Kundgebung für die Einzelbedeutung des heimischen Handwerks in die deutsche Volkswirtschaft auf Grund seiner wirtschaftlichen Bedeutung und seiner staatssichernden Kraft. Nicht zuletzt sollte dem dringenden Verlangen nach gesetzlichem Schutz einer gesunden Existenzgrundlage Ausdruck gegeben und ein Bekenntnis abgelegt werden für den länderlosen Zusammenschluß auf der Basis sozialer und berufsständischer Selbstverwaltung. Die erste große Versammlung fand Sonnabend in dem dicht gefüllten Saal des Kristallpalastes statt. Unter den Unwesen erklärte man eine größere Anzahl Bandtags- und Reichstagsabgeordnete, die Vorsitzenden des fünf Gewerbeämterns, des Submissionsamtes und der Gewerbebank.

Den ersten Vortrag über

Den Gesetzentwurf über die berufliche Neuregelung des Handwerks und die Verhältnisse in Sachsen hielt Obermeister Landtagsabgeordneter Kuhlfeld-Dresden. Syndicus Weber-Dresden fasste den reichen Inhalt des Vortrages in nachstehende Leitsätze zusammen: Der Landesausschuss des sächsischen Handwerks stellt sich auf den Boden des vom Reichsverband des deutschen Handwerks ausgearbeiteten neuen Reichsberufsmengesetzes über die Berufsvertretung des Handwerks. Die Durchführung des Reichsberufsmengesetzes im Freistaat Sachsen hat im einzelnen wie folgt zu geschehen: Die Bildung von Innungsausschüssen ist zu gestatten für Bezirke, in denen eine genügende Zahl von Innungen vorhanden ist. Innungsausschüsse sind als öffentlich-rechtliche Berufsvertretungen anzuerkennen und den Innungen in allen vermögensrechtlichen Fragen gleichzustellen. Auf Antrag der Mehrzahl der Innungen kann von der zuständigen Gewerbeammer die Pflichtzugehörigkeit zu den Innungsausschüssen angeordnet werden. Der von den Landesfachverbänden begründete Landesausschuss des Handwerks ist als solcher für den Freistaat Sachsen als Einrichtung des öffentlichen Rechts anzuerkennen. Auf Antrag der Mehrzahl der sächsischen Landesfachverbände ist von der Landeszentralbehörde die Pflichtzugehörigkeit zum Landesausschüsse anzurufen.

Der Vortrag von Dr. Enzgraber-Plauen hatte

Unostenberechnung im Handwerk.

eine der wichtigsten Fragen, zum Gegenstand. Die Versammlung einigte sich auf nachstehende Leitsätze: Die vom Reichsberufsmengestum angeregte Errechnung von Feststellung der Unostenansäße wird anerkannt als ein Mittel, sofort zu richtigen, einheitlichen Ansätzen zu kommen. Durch gewissenhafte Buchführung und Be-

rechnungen von Betrieben sind die einzelnen Ansätze fortlaufend auf ihre Richtigkeit zu beobachten und gegebenenfalls zu berichtigen. Zu einer planmäßigen Durchführung der vorstehenden Leitsätze wird es zunächst allen Innungen, Fachverbänden, Bezirksausschüssen und zentralen Vertretungen des Handwerks zur Pflicht gemacht, unverzüglich für die Einrichtung einer geordneten Buchführung bei allen Mitgliedern Sorge zu tragen.

Generalsekretär Barisch-Dresden vom sächsischen Submissionsamt verbreitete sich über

Die Arbeiten auf dem Gebiete des Verdingungswesens.

Im Anschluß hieran wurde folgende Entschließung angenommen: Die zur Deckung des Bedarfes von Reich, Staat und Gemeinden benötigten Leistungen und Lieferungen sind öffentlich auszuschreiben. Ihre Ausführung durch eigene Betriebe des Reiches, des Staates und der Gemeinden ist grundsätzlich abzulehnen. Soweit eigene Betriebe bestehen, dürfen sie zur Ausführung nur dann herangezogen werden, wenn nachgewiesen ist, daß sie bei gleicher technischer und finanzieller Sicherheit und bei gleicher steuerlicher Belastung vorteilhafter herzustellen und zu liefern vermögen als das freie Handwerk. Bei der Auswahl der Bewerber für den Auftrag sind parteipolitische Gesichtspunkte keinesfalls in Erwägung zu ziehen. Der Auftrag ist grundsätzlich demjenigen Bewerber zu erteilen, dessen Angebot einem durch Gemeinschaftsarbeit zwischen Auftraggeber und Berufsviertelung vor Eröffnung der Angebote erwartet und als richtig anerkannten Preise am nächsten kommt.

Das eine rasche Lösung erreichende Problem der

Altersfürsorge für das sächsische Handwerk

behandelte Stadtrat Obermeister Birkner-Meissen. Folgende Leitsätze fanden Annahme: Durch die ungeheure Vereuerung aller Lebensmittel und die Entwertung des Geldes sind ungezählte Handwerksmeister, die sich fürs Alter ein zwar beschiedenes, aber nicht ausreichendes Kapital für ihren Unterhalt erarbeitet hatten, in bitterste Not geraten. Es ist eine Pflicht von Reich und Staat, auch Ihnen zu helfen. Durch Ausführung hierfür bereitzustellender Mittel soll in Form von Renten an den einzelnen geholfen werden. Das Handwerk erklärt sich zur Mitwirkung bereit. Die berufene Stelle für die Verteilung der Renten ist die Versicherungsanstalt sächsischer Gewerbeämtern in Dresden, als die für Sachsen Handwerk und Gewerbe bestehende Selbsthilfeeinrichtung. Bei dieser Gelegenheit rief der Landesausschuss an alle Handwerker Sachsen die dringende Mahnung, für ihre Zukunft auch dadurch zu sorgen, daß sie sich schnellstens bei der erwähnten Anstalt eine Alters- und Invalidenrente sichern.

Den vierten Vortrag hielt Maserobermeister Jähnig-Mitteida über

Die neue Regelung des Lehrlingswesens.

Der Inhalt des Vorgebotenen erschöpft sich in folgender, ebenfalls einstimmig angenommener Entschließung: Der Landesausschuss des sächsischen Handwerks stellt sich in der Lehrlingstage auf den Boden der vom Reichsverband des deutschen Handwerks ausgearbeiteten Leitsätze über die Neuregelung des Lehrlingswesens. Er spricht seine größte Verwunderung darüber aus, daß die Reichsregierung im Arbeitstarifgesetz und in der Schlüttungserordnung keinerlei Rücksicht auf die Meinung des deutschen Handwerks genommen hat und lehnt die darin vorgesehene tarifvertragliche Regelung des Lehrlingswesens ganz entschieden ab. Der Landesausschuss warnt ernstlich davor, das Lehrlingsverhältnis tarifvertraglich zu regeln, da hierdurch eine geordnete

nicht der Begünstigte ihr Viebzögli geopfert, wo er mit dem seinen zu zahlen bereit war?"

Der Gedanke entstieß.

Hoch rückte sich Werner Leuthold auf und sagte: "Was du da fordern, Heinrich, lehne ich ab — lass mich dir sagen, weshalb —"

Weiter kam er nicht.

Schnellend scharf klang's ihm entgegen:

"Es ist gut, wie sind fertig miteinander! Deine schönen Gründe behalte für dich. Sie sind Lügen, wie dein Wiesleid und das übrige gefühlvolle Geschwätz. Ich weiß, woran ich bin! Um's zu wissen, kam ich her. Was jetzt wird, magst du verantworten. Die Toni ist frei, schön, du bist frei, natürlich, aber ich bin's auch, und so frei bin ich, daß mich nichts mehr binden soll, nichts — nimm dich in acht!"

Er riß den Gessel um, so jäh wendete er sich. Der flog polsternd mitten ins Zimmer. Dann krachte die Tür ins Schloß und Werner war allein.

Vor seinen Blicken aber stand das haßglühende Gesicht seines Bruders. Er schloß die Lider, der Maler triumphierte über die wilde, menschliche Erregung in ihm. Er hatte die Augen seines Fakirs gesehen.

Und wieder pochte es.

Der Maler stand auf und ging zur Tür. Er wußte, wer jetzt über die Schwelle treten würde: Johann Hardt, der Schultheiß von Guntersbach. Und richtig! Da stand er in breiter Wucht und streckte Werner die Hand entgegen.

"Guten Tag Werner, hier bin ich und sehe mir gern einmal an, wie's bei Ihnen ist, darf man hinein?"

"Ich bitte darum Herr Hardt —"

Er nahm ihm den Hut ab, dann den Stock und

Ausbildung des Nachwuchses im Handwerk unterbunden und dadurch der gesamten Volkswirtschaft großer Schaden zugefügt wird.

Der letzte Vortrag von dem Mitglied der Leipziger Nothilfe Rost galt dem Thema der

Technische Nothilfe.

Einstimmig fand folgende von dem Redner vorgelegte Entschließung Annahme: Die lebenswichtigen Betriebe, die unser Volk mit dem Fortwähren der Lebenshaltung tagtäglich versorgen, sind unantastbares Eigentum. Bereitwilligkeit und Durchführung von Rostandsarbeiten in Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerken bei Ausbruch wilder Streiks ist eine Ehrenpflicht für jeden ordnungsliebenden Staatsbürger. In diesem Sinne fordert der 2. Sachsische Handwerkertag seine Mitglieder auf, sich der Technischen Nothilfe, die ohne jegliche parteipolitische Bestrebungen ausschließlich dem Gemeinwohl dient, zur Verfügung zu stellen.

Von Stadt und Land.

Nu, 10. Oktober 1921.

Sächsische Politik. Der Reichstagabg. Oberbürgermeister Dr. Kühl-Stützau schreibt im Spät-Tagebl. Kann man für das Reich und für Preußen noch die Hoffnung auf die Zusammenarbeit einer broten demokratischen Mitte haben, so verringert sie sich in Sachsen täglich. Mit zweifelsfreier Deutlichkeit steht es sich bei den eintägigen Verhandlungen des sächsischen Landtages leicht heraus, daß die gegenwärtige Regierung, insbesondere der unabkömmlinge Minister des Innern, vor einsetzigen sozialistischen Parteitribünen steht. Dies gilt nicht nur hinsichtlich der Berufung des Amtshauptmanns Kyssel und des Justizamtmanns Voigt, sondern genau so von dem Nachtrag zum Gemeindewahlgesetz. Niemand kann bestreiten, daß dieses Gesetz bei den bevorstehenden Wahlen der Stadtvorordneten in Leipzig eine unabkömmlige Mehrheit durch Einverleibung der in Frage kommenden drei Sitze soll. Als Ausnahmegericht im Interesse nur einer Partei muß es scharf bekämpft werden. Bei der Berufung Kyssels war nicht seine Geeignetheit, sondern seine Zugehörigkeit zur Unabhängigen Sozialdemokratie entscheidend. Das führt zur Politisierung, nicht zur Demokratisierung des Beamtenamtes.

Die Länge der Schulzeit an den höheren Schulen Sachsen. In Sachsen haben ebenso wie in anderen Ländern Beratungen über die Länge der Schulzeit an den höheren Schulen stattgefunden. Die eingehenden Erörterungen haben zu dem Ergebnis geführt, daß es hierzulande bei den neunjährigen Schulzeit bleibt, wie auch in den meisten anderen deutschen Ländern, Hamburg hat eine Ausnahme gemacht und die Schulzeit auf acht Jahre reduziert. Dessen dürfte auch die Hamburger Schulehrerinnen binnenn zu einer neunjährigen Schulzeit drängen.

Heimatberietgesetz. Rätselhaft ging durch die Presse die Mitteilung, daß das Heimatberietgesetz geschafft sei. Von zufliegender Seite wird dazu mitgeteilt, daß diese Meldung nicht den Tatfachen entspricht. Es handelt sich nämlich um Vorschläge, und zwar um die Errichtung von Lohnämtern, für deren Ablehnung auch die sächsische Regierung eingetreten ist. zunächst sollen erst einmal die Haushalte, die bereits eingezogen sind, ihre Tätigkeit aufnehmen, wobei sich in Klize herausstellen dürfte, ob sie mit Erfolg arbeiten oder nicht. Erst wenn es sich herausstellt, daß trotzdem noch Lohnämter errichtet werden müssen, wird man davon denken, die notwendige Vorbereitung durchzuführen. Gleichzeitig aber Haushaltsschlüsse und Lohnämter arbeiten zu lassen, würde ein Neben- und damit ein Durcheinanderarbeiten bedeuten, wodurch überhaupt jede Überblick unmöglich gemacht würde. Im übrigen ist die ganze Materie ein Teil des allgemeinen Arbeitsrechtes, dessen Neuordnung im Angriff gewonnen worden ist.

Weihilfen für bedürftige ehemalige Kriegsgefangene. Die Reichsregierung hat alle bisherigen Bestimmungen für die Abgeltung der Kriegsgefangenenarzäge auf Löhnung und auf Entschädigung für abgenommene Gegenstände aufgehoben und den Landeshilfsausschüssen Mittel zur Verfügung gestellt, um den ehemaligen Gefangenen, die Löhnung oder Entschädigung noch nicht erhalten haben, Weihilfen zu gewähren. Dabei soll jedoch nicht nach den formalen Gesichtspunkten, die bisher hierfür

Das Wasser kommt!

Roman von Arthur Windler-Tannenberg.

(17. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

stellte beides fort. Der alte sah sich derweil um. Das Bild fesselte ihn zuerst. Er trat dicht heran, legte die rechte Hand flach über die Augen und schaute interessiert auf das Weile-Stilleben. Eine ganze Weile sagte er gar nichts, räusperte sich, schien sprechen zu wollen und schwieg doch wieder.

Werner wartete. Endlich fragte er:

"Ist was nicht recht, gefällt Ihnen etwas nicht, Herr Hardt?"

Da löste sich das Müspern und Knurren in Worte:

"Ja, sehen Sie, lieber Werner, gefallen ist nicht das rechte Wort. Ich wundere mich, immerfort wundere ich mich! Wie der Valg da in der Wiese sitzt, man meint, daß Goss mühte im Winde wackeln — — ich begreif gar nicht, wie man das malen kann! Weshalb malt man überhaupt so'n halbnackten Bauernbuben, wie man ihn alle Tage sieht, das ist doch kein Bild, das ist doch was ganz Gewöhnliches!"

Werner freute sich dieser Kritik. Sie war ihm höchstes Lob. Der Gegenstand war diesem Kenner nichts, aber das Kunstwerk hielt ihn in stählernen Klammern. Er schaute und schaute, er konnte nicht los. —

"Aber der Bube ist echt und die Wiese ist echt, was?"

"Donnerwetter, ja, — das ist's ja, da sieh' ich wie ein Narr und sehe mir immer wieder an, was ich doch so oft gesehen habe und sehen werde! Wie kommt das?"

"Das kommt, weil aus dem Alltäglichen da die Wahrheit ist, und auf die ist der Künstler doch am stolzesten!"

Johann Hardt schüttelte den Kopf.

"Davon verste' ich nichts, Werner, aber das muß ich sagen, ich hätt' nicht geglaubt, daß ein Guntersbacher Bauernsohn solche Bilder machen könnte. Wo ist das her?"

"Aus Guntersbach nicht! Der Karl, Ihr Vater, ich bin mit ihm zur Schule gegangen, machte an der Tafel fröhliche Striche, wenn sie gerade sein sollten, und gerade, wenn sie traurig sein sollten — —"

"Vielleicht von der Mutter — —"

"Vielleicht von der Mutter! — Ja, ja, die war anders. Ganz anders war sie. — Schade, eine liebe Frau. Aber, Werner, wenn ich so wie Sie könnte, dann malte

Das sprudelte heraus, verworfen, sinnlos. Werner atmete, als habe er nichts gehört.

"Du bist noch sehr jung, Heinrich, du wirst älter und überlegter werden, dann wird dir diese Stunde inbegreiflich erscheinen — —"

"Ach, las die Schulmeisterlein! Für die bin ich nicht mehr jung genug. Sag' mir klipp und klar: Willst du mir bei Toni aus dem Wege gehen oder willst du's nicht?"

"Was führt dich hierher? Höhenlust sollst du haben, die ist's nicht bloß in Guntersbach, such' sie überall, bloß hier nicht. Gehe fort, so weit als möglich, und ich will dir danken, will an dein Wiesleid glauben, aber rede von ihm Wiesleid nicht, wenn du doch bleibst und mich zur Verantwortung bringst!"

Der vor Aufregung heisere Sprecher schwieg. Werner stand betroffen.

In der Tat, das war die Probe seiner Empfindung.

Wenn er den Bruder mehr liebte als Toni, dann nahm er jetzt dessen Hand und sagte: "Heinrich, ich gehe. Dein Glück ist mir heilig." Tat er's nicht, dann war alles Wissensgerede eitel Gluckerlei, dann blieb er, weil Toni Hardt liebte, weil er selbst begehrte, was des Bruders Begehr war.

Und doch lag der Fall so nicht.

Wieder blieb Toni außer Austrag. Wie, wenn sie Werner liebte und jenen Nebenbuhler nicht? Hatte dann

bestimmend waren, sondern unter freier Würdigung aller Umstände nach sozialen Gesichtspunkten und den wirtschaftlichen Bedürfnissen entschieden werden. Als soziale Rottag, sollen insbesondere gegenwärtige Bedürftigkeit, anhaltende Arbeitslosigkeit, Krankheit des Antragstellers oder seiner Familie, große Kinderzahl oder unmittelbar mit der Kriegsgefangenshaft zusammenhängende Gründe gelten. Es soll also nicht jeder nachträglich Würdigung oder Entschädigung erhalten, sondern nur derjenige eine Beihilfe, der den besonderen Bedarf. Untergabe auf eine solche Beihilfe sind bis spätestens zum 30. November 1921 an den zuständigen Hilfsausschuss für ehemalige Kriegsgefangene zu richten, dessen Adresse beim Statthalter oder bei der Amteshauptmannschaft zu erfahren ist. Später eingehende Anträge können nicht mehr berücksichtigt werden.

Sächsische Metallwarenfabrik August Wellner Söhne, Aue. Für das Geschäftsjahr 1920/21 gelangt aus einem Einnahmen von 968 813 Mark (einschließlich 144 874 Mark Vortrag) eine Dividende von 10 Proz. zur Verteilung.

Weiterzügige Umwendung des Pensionsgesetzes in Sachsen. Bekanntlich sollen nach dem Pensionsgesetz Beamte, mit Ausnahme der Richter, mit dem 65. Lebensjahr pensioniert werden. Nun hat sich aber herausgestellt, daß diese Altersgrenze für manche tüchtige arbeitsfähige und arbeitsfreudige Beamte zu niedrig ist. Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wird, wird man in Sachsen die Altersbestimmung sehr weiterzügig anwenden, wo aber ein Aufhebungsdruck bei den Beamten stark in Erscheinung tritt, wird auch von Amts wegen die Anregung gegeben, selbst um die Pensionierung einzuspielen.

Erzgebirgsverein Aue. Der Erzgebirgsverein Aue hält heut Montag abends 8 Uhr im Wirtshaus Alt-Aue seine Mitgliederversammlung ab. Es werden unter anderen Vorlagen, Berichte über die stattgefundenen Abgeordneten- und Hauptversammlungen des Erzgebirgsvereins in Gera und über den jetzigen Stand des Turmbaus auf der Morgenleite gegeben werden.

Kartoffelwucher in Sachsen. Wie dem Sächsischen Landeskulturreat mitgeteilt wird, sind Händler am Werk, die gesamte sächsische Kartoffelnotierungskommission fürgeleitet bei weiterem Überstricken. Diese Kartoffeln laufen jedoch nach außerstädtischen Gebieten mit höheren Kartoffelpreisen, für deren Ertrag Sachsen selbst als Verbrauchsgebiet wieder außerstädtische Kartoffeln heranzuführen müßte. Der Landeskulturreat legt der Landwirtschaft dringend nahe, seine höheren Preise zu nehmen oder sich bauen zu lassen, als die Notierungen der Kartoffelnotierungskommission laufen. Die Folgen würden unabsehbar sein, da gerade diejenigen, die höhere Preise böten, sich hinterher in Angelegenheiten gegen die Landwirtschaft nicht genutzt hätten. Nach einer Reihe von Verhandlungen im sächsischen Wirtschaftsministerium hat sich die Landwirtschaftliche Zentralgenossenschaft in Dresden bereit erklärt, die Verbringung der Bevölkerung mit Kartoffeln zu vermitteln. Den sächsischen Erzeugern ist damit der Weg geebnet, durch den Abatz bei den örtlichen Genossenschaften wie der Landwirtschaftlichen Zentralgenossenschaft in Dresden ihre Kartoffeln unter Umgehung einer Versicherung ihrer Erzeugnisse durch Händler der sächsischen Verbraucherschaft zu verkaufen.

Theater, Konzerte, Vergnügungen, Kunst.

Torquato Tasso. Am Donnerstag dieser Woche wird bekanntlich die diesjährige Spielzeit der Vereinigung der Kunstreunde mit einer Aufführung von Goethes Tasso eröffnet. Da nur sehr selten Gelegenheit ist, dieses wahrhaft schöndramatische Gedicht auf der Bühne zu sehen; lassen wir in Nachstehendem eine kurze Inhaltsangabe deselben folgen: Der Dichter Torquato Tasso befindet sich in stiller Juristengezogenheit in Veltiuardo, dem Lusthause des Herzogs Alphons von Ferrara, um sein großes Heldengedicht das befreite Jerusalem zum Schluß zu bringen. Mit Ungeduld erwarten der Herzog, seine Schwester, Prinzessin Leonore und deren Freundin Gräfin von Sanvitale, die Vollendung des herrlichen Werkes. Tasso überbringt endlich seinen Gönnern das Gedicht und wird von der Prinzessin mit einem Vorberkranz belohnt, den er jedoch nur mit großer Bescheidenheit annimmt. Antonio, den der Herzog in Staatsangelegenheiten nach Rom gesandt, kehrt um dieselbe Zeit mit glücklichen Nachrichten heim und erhöht dadurch die Freude. Zwischen ihm und Tasso will es zu keinem richtigen Verständnis kommen. Der im Grunde edle, aber durch die Beschäftigung mit der Politik mißtrauisch gewordene Antonio kommt sogar wider Willen in Streit mit dem leicht erregbaren Dichter, der das Schwert gegen ihn zieht; hierfür aber von dem Herzog mit milder Haft

ih doch was anderes als 'n Hemdeumzug auf der Waldwiese —"

"Zum Beispiel?" fragte Werner belustigt.

"Zum Beispiel — " Ja, was Großartiges oder was Liebes — aber etwas Fremdes nicht."

Wie der schlichte Mann das sagte, wurde Werner ernst, "Heimatliches also?"

Johann Hardt nickte.

"Ja, dazu möcht' ich malen können. Nur dazu. Daß ich dem Sohne den Großvater zeigen könnte und der Sohn wieder mich seinen Kindern, das wäre meine Kunst —" Blödig verdunkelte sich das frohe Gesicht und seufzend kamen die Worte: „Ich hab' ja keinen Sohn!"

Werner wollte ablenken und stellte ein anderes Bild auf die Staffelei. Aber der zähe Aue ging nicht aus dem Gleise seiner Gedanken.

"Oder die Tochter den Eltern!" fuhr er fort. "Das Bild zeigt den Alten, wie sie um sie war, als sie noch rüstig schafften, erinnert sie, wenn alles anders, ganz anders geworden ist! In solchemilde steht etwas. Was geht mich der Fremde an und wenn's noch so witzlich gemalt ist."

Im Werner Leuthold lebte ein herzhafter Wunsch.

"So würde es Sie freuen, wenn ich Ihnen die Toni malte, Herr Hardt?"

Der Schultheiß nickte:

"Ob's mich freuen würde? Ganz gewiß, aber geschenkt will ich's nicht haben. Was bringt euch Künstlern doch ein Bild?" Vorwurfsvoll sah er auf Werner.

Der geriet in Verlegenheit. Nichts begehrte er inniger, als Toni zu malen und jede Forderung schien ihm das ersehnte Glück zu gefährden.

"Es kommt auf das Bild an —" sagte er ausweichend.

Hardt verstand darunter die Größe des Gemäldes.

"Nun, wie der Wiesenbube da —" sagte er.

"Lebensgroß —?"

"It's das? — Meinewegen. Was bringt Ihnen solch ein Bild —"

"Fünfzig Pfund," log Werner. Er wollte sich das Bild nicht verschwärzen. (Fortsetzung folgt.)

in seinem eigenen Zimmer bedacht wird. Tasso glaubt ungerecht behandelt zu sein und lebt darum der Gräfin Sanvitale Gehör, die ihn gern nach ihrem Schloß bringen möchte, weil sie ihr Haus durch die Gegenwart des Dichters verherrlichen will. Antonio bringt die Begnadigung des Herzogs und hält eine Verlobung an. Tasso geht zweinhalb darauf ein, bittet jedoch den Staatssekretär, ihm Urlaub vom Herzoge zu verschaffen. Alphons willigt das nicht gern. Beim Abschied läßt auch Tasso schwer es ihm wird, ein Haus zu verlassen, an das ihn Dankbarkeit und Liebe fesseln. Am schwersten wird ihm die Trennung von Leonore, der Schwester des Herzogs, für die er im tiefsten Herzen innige Zuneigung empfindet. Sein überreiztes Gemüte reicht ihn, da die Freundschaftsworte der Prinzessin falsch zu verstehen, und er schlägt sie, außer sich, in seine Arme. Sie läßt ihn zurück und flieht. In grohem Schmerz bleibt Tasso der nun glaubt, alles verlor, alles verloren zu haben. Da steht Antonio mit Trost, und er ergreift die ihm entgegentreckte Hand des Mannes, den er kritisch für keinen Feind gehalten.

Oberwiesenthal, 9. Oktober. Todesfall. Der bekannte Kunstmaler und Malermeister Karl Herbst ist im Alter von 84 Jahren gestorben. Er ist der feinsinnige Schaffer der heimischen Weihnachtskrippe, die er geschmiedet und deren Hintergrund er geschmiedet hat. Durch sein Leben verlief das ganze obere Erzgebirge einen außerordentlich verdienten und tüchtigen Mann, der auf dem Gebiete der erzgebirgischen Holzschnitzkunst einen bedeutenden Ruf genoß.

Waldheim, 9. Oktober. Durch Schleusengale erstickt. Es sind in Harta die beiden städtischen Arbeiter Höhmann und Leibert. Höhmann war in den Nähe der Feinkunst Fabrik getötet. Schleusengale zur Bereitung einer Arbeit zu sterben eingestiegen. Durch sein langes Ausbleiben aufzurufen geworden, ist ihm ein Arbeitsgefährte Leibert nachgestiegen und gleichfalls ohnmächtig geworden. Der Unfall ist erst nach gewisser Zeit bemerkt worden.

Leipzig, 9. Oktober. Unter schwerem Verdacht verhaftet. Der Polizei auf dem Leipziger Hauptbahnhof wurde von einem Zimmermann gemeldet, daß er auf der Fahrt von Berlin nach Leipzig ein Gewehr eines Mannes und einer Frau mit gehörte habe, aus dem heut vorgegangen sei, daß die beiden eine größere Menge Sprengstoff aus dem Rheinlande abholen und nach Halle transportieren wollten. Die Verdächtigten wurden daraufhin verhaftet. Es ist der Malermeister Hermann Retsch aus Königshütte und die Kontrollstelle Walska Dombröwski aus Schoppinitz. Retsch bestätigte beim Verhör die Dombröwski. Er behauptet, sie in Breslau kennengelernt zu haben. Sie habe ihm erzählt, sie sei im Auftrag der kommunistischen Partei auf dem Wege nach Frankfurt a. M., um in Tepow Sprengstoff zu holen. Sie soll ihm später erzählt haben, daß das Unglück in Oppau durch zivilierte Sprengung herbeigeführt worden sei, und daß man jetzt eine ähnliche Aktion in den Leuna-Werken plane. Die Dombröwski ihrerseits leugnet alles und beschreibt die ganze Geschichte als einen Nachdruck des Retsch, dessen Viebeweis kann sie nicht erwideren habe.

Langebrück, 9. Oktober. Folgen des Spiels mit Schußwaffen. Ein Schuhmacher hatte sich den Revolver seines Vaters verschafft und stellte damit auf ein Mädchen, in der Annahme, daß der Revolver nicht geladen sei. Blödig löste sich ein Schuß, das Mädchen am rechten Oberarm verletzte und in den Unterleib eindrang. Trotz sofort eingesetzter Operation konnte die im Bett festliegende Kugel noch nicht entfernt werden. Das Gericht hat die Eingeweide des Mädchens mehrfach zertrümmert.

Letzte Drahtnachrichten.

Oberschlesien.

Paris, 10. Oktober. Die Agence Havas meldet aus Genf, der Völkerbundsrat sei noch nicht in der Lage, sein Urteil über die oberschlesische Frage abzugeben. Die Schlußfolgerungen der vier nichtstädtischen Mitglieder, die mit der Frage beauftragt seien, seien dem Völkerbundsrat noch nicht mitgeteilt worden. Dieser werde erst Anfang nächsten Monats in einer Vollzusage davon Kenntnis nehmen.

Paris, 10. Oktober. Nach einem Bericht des General-Korrespondenten des New York Herald liegt die Entscheidung des Völkerbundsrates über Oberschlesien den Männern bereits vor. Die Männern sich jedoch geneigter, ihren Vertretern im Völkerbund, at deren Billigung zu gestatten, falls nicht gewisse Aenderungen getroffen würden. Es verlautet, daß ein nicht europäisches Mitglied des Völkerbundsrates droht, habe sich von der ganzen Angelegenheit zurückzuziehen. Der Völkerbundsrat halte jedoch noch nach in Schein-Sitzungen ab. Inzwischen würden durch die Mächte die geheimen Verhandlungen über die vorgeschlagene Lösung fortgeführt. Egmont nimmt an, daß es sich hier um eine Verdeutlichung der Tatsachen handele. Er erlaubt ebenso sicher zu sein, daß die französische Regierung keine Mitteilung erhalten hat. Andersseits glaubt das Blatt auch nicht, daß Italien, Japan, Belgien, Spanien, Brasilien und China Mitteilungen erhalten haben. Da der Eclat alle im Völkerbundsrat vertretenen Länder, außer England, nennt, wird also die Frage offen gelassen, ob die Macht, von der gesprochen wird, England sei.

Paris, 10. Oktober. Dem New York Herald wird aus Genf über die Lösung der oberschlesischen Frage berichtet, sie enthält nicht nur gewisse Abänderungen der Sforza-Linie, sondern auch die Vorstellung, eine dreigliedrige Kommission unter dem Völkerbund einzulegen, welche etwaige wirtschaftliche Streitigkeiten beilegen sollte. Diese Kommission würde bei Streitigkeiten zwischen den deutschen und polnischen Gemeinschaften beiderseits der vorgeschlagenen Linie regeln. Die Kommission soll zusammengelegt sein aus einem Deutschen, einem Polen und einem Neutralen. Im einzelnen seien die Befugnisse der Kommission Gegenstand der Konferenz unter den Mächten. Gerichtsweise verlautet, daß die englische Regierung in gewissen untergeordneten Einzelheiten Einwendungen gegen die vorgeschlagene Grenze erhoben habe. Diese Linie würde Kattowitz und Racibóz am Polen fallen lassen, obwohl Lord George in Par's darauf aufmerksam gemacht hatte, daß die Deutschen zugestanden werden sollten.

Paris, 10. Oktober. Wie Chicago Tribune meldet, haben in der vorliegenden Sitzung der Völkerbundskonferenz Vertreter von England und Italien die Ansicht vertreten, daß die gegenwärtig in Oberschlesien befindlichen Truppen ausreichend star-

ken, um die Ordnung aufrechtzuhalten. Aus diesem Grunde ist auch kein Beschuß gefaßt worden.

Die Unabhängigen lehnen ab.

Berlin, 10. Oktober. Die Freiheit veröffentlicht ein Schreiben des Vorstands der sozialdemokratischen Partei an das Zentralkomitee der unabhängigen sozialdemokratischen Partei, in welchem dieser erneut gefragt wird, ob sie vorbehaltlich der Beseitigung des Reichsregiments in das Kabinett Wirth einzutreten wolle. Das Zentralkomitee hat daraufhin geantwortet: Nachdem feststeht, daß von den drei gegenwärtigen Koalitionsparteien zwei einer Weltierung nach rechts und nicht nach links wünschen, hat die wiederholte Frage keinerlei praktische Bedeutung mehr. Wir haben daher keine Veranlassung eine gemeinsame Sitzung der Parteileiter und der Reichstagsfraktion einzuberufen, damit sie zu der völlig gegenstandslosen Frage Stellung nehmen.

Opferfest für im Weltkriege Gefallene.

München, 10. Oktober. Der gestrige Trauer- und Opferfest für die im Weltkriege gefallenen 13 000 Münchener gefielte sich zu einer imposanten Trauermesse. Nach den kirchlichen Feiern sammelten sich die Teilnehmer der bayerischen Kriegervereine und der studentischen Korporationen am Archivplatz, wo der Traueraufzug mit Banneraufzügen und Musikvorträgen eingeleitet wurde. In Ansprachen wurde die ernste Bedeutung des Tages hervorgehoben und das Gelübde abgegeben, für die Krieger, die hinterbliebenen nach besten Kräften zu sorgen. Der Ertrag des Opferfestes ist zur Schaffung eines Ehrendenkmales für die Gefallenen und zur Unterstützung der übrigen Kriegsopfer bestimmt.

Graf Reichenfeld in Oppau.

Ludwigshafen, 10. Oktober. Ministerpräsident Graf Reichenfeld ist gestern in Oppau eingetroffen, um sich über den Fortgang der Wiederaufbauarbeiten zu unterrichten. Er wird noch andere pfälzische Städte besuchen und dabei weitere Fabrik anlagen bestaufen. Den Betriebsleitern wird Gelegenheit gegeben werden, ihre Wünsche unmittelbar vorzubringen.

Beendigung der schwedischen Kindershilfe.

Stockholm, 10. Oktober. Heute geht der letzte Transport von deutschen und österreichischen Kindern, etwa 500 an der Zahl, von hier ab. Damit ist die schwedische Hilftätigkeit für Kriegskinder beendet.

Verurteilte Attentäter.

Dessau, 10. Oktober. Das Schwurgericht hat nach dreitägiger Verhandlung das Urteil gegen 10 der kommunistischen Arbeiterpartei angehörige Arbeiter gefällt, die sich im März d. J. im Zusammenhang mit den Märzenunruhen einer Dynamierverschwörung schuldig gemacht haben mit dem Zweck, die mehrheitsozialistische Volkswacht Bernburg und eine Eisenbahnbrücke in der Nähe dieser Stadt in die Luft zu sprengen. Der Hauptverdächtige und Vorsitzende der kommunistischen Arbeiterpartei auf dem Wege nach Frankfurt a. M., um in Tepow Sprengstoff zu holen. Sie soll ihm später erzählt haben, daß das Unglück in Oppau durch zivilierte Sprengung herbeigeführt worden sei, und daß man jetzt eine ähnliche Aktion in den Leuna-Werken plane. Die Dombröwski ihrerseits leugnet alles und beschreibt die ganze Geschichte als einen Nachdruck des Retsch, dessen Viebeweis kann sie nicht erwideren habe.

Vierjährige Strafe für Angestellte.

Italien und das Wiesbadener Abkommen.

Rom, 10. Oktober. Auch Idea Nazionale schlägt Alarm wegen des Wiesbadener Abkommens. Der Vorbehalt Italiens, gleichfalls ein vorortiges Abkommen mit Deutschland schließen zu dürfen, genüge nicht, vielmehr müsse Italien an dem entstehenden französisch-deutschen Moniantrust teilnehmen, oder sein Bett einlegen. Das Blatt, das der Unsalab-Gruppe nahestehet, nimmt an, daß neben dem offenen ein geheimes Abkommen abgeschlossen worden sei. Frankreich schiere sich die Vorbereitung seiner Reparationen zum Schaden der anderen Alliierten. In Deutschland beginne durch diese Großleistungen geradezu ein Industrielles goldenes Zeitalter. Italien dagegen sei vom Wiederaufbau ausgeschlossen.

Die Konferenz von Venedig.

Wien, 10. Oktober. Vorsitzender Schober ist gestern abend nach Venedig abgereist.

Budapest, 10. Oktober. Ministerpräsident Graf Bethlen und der Minister des Äußeren Graf Bánffy sind als Delegierte der ungarischen Regierung gestern abend nach Venedig abgereist.

Gesunkenes Dampfer.

London, 10. Oktober. Der Dampfer Rowan ist auf der Fahrt von Glasgow nach Dublin im Hafen of Clyde bei dichtem Nebel nacheinander mit zwei Dampfern zusammengetrieben und untergegangen. Der Dampfer hatte 87 Mann Besatzung und 58 Fahrgäste an Bord. 13 Mann der Besatzung und 3 Fahrgäste werden vermisst.

Kirchennachrichten.

St. Nikolai.

Montag, 10. Oktober, abend 8 Uhr. Voraussetzung: Montag, den 12. Oktober, abend 8 Uhr Bibelstunde im gr. Pfarrhausaal über Offb. Joh. Kap. 10: Ufr. Lehmküller. Donnerstag, 12. Oktober, abend 8 Uhr Männerabend und Christl. Verein junger Männer. Abend 8 Uhr in Knechhamer Bibelstunde: W. Herzog. Freitag, 14. Oktober, abend 8 Uhr Wochenkomunion: W. Dertel. 14. Oktober, 8 Uhr Bibelstunden für ton. Töchter im K. Pfarrhausaal: W. Herzog. 8 Uhr Vorbereitung für d. Kindergottesdienst: Ufr. Lehmküller.

Verantwortlicher Redakteur: Fritz Neuhold. Druck und Verlag: Ufer Druck- und Verlagsgesellschaft m. b. H. Aue.

In jedem Kaffeehaus wollen die Gäste
Nur Flechtn-Kaffee, weil der Beste!

